

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND

14 / 2008

Politischer Bericht aus der Russischen Föderation

3. September 2008

Christian Forstner
Leiter der Verbindungsstelle Moskau



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 0049-89-1258-202 oder -204
Fax: 0049-89-1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Hintergründe und Folgen der russischen Militärintervention im Kaukasus

Anfang August eskalierte der bereits seit Jahren andauernde Konflikt zwischen Russland und Georgien. Russische Armeeeinheiten schlugen georgische Truppen, die die von Georgien sich abspaltende Provinz Südossetien erobern wollten, zurück, und besetzten georgisches Kernland. Der 5-Tage-Krieg endete mit dem militärischen Sieg Russlands. Eilige Verhandlungen unter Vermittlung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy führten zur Verständigung auf einen 6-Punkte-Plan und zum Ende der Kampfhandlungen. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden georgischen separatistischen Regionen Abchasien und Südossetien versucht Russland einen vorläufigen Schlussstrich unter die akute Kaukasuskrise zu setzen. Dieser Schritt konnte insofern kaum überraschen, als er von zahlreichen russischen Politikern immer wieder als logische Konsequenz der westlichen Anerkennung des Kosovo bezeichnet wurde. Auch auf internationalen Konferenzen der Hanns-Seidel-Stiftung wie in Moskau im Juli 2007 oder in Belgrad im November 2007 wurde diese Abfolge u.a. von Dmitrij Rogosin, heute Botschafter Russlands bei der NATO, skizziert.

Der zurückliegende Kaukasuskrieg offenbarte diametral unterschiedliche Krisenperzeptionen im Westen und in Russland. In westlichen Kommentaren war von einer unverhältnismäßigen Militäraktion Russlands die Rede, und man geißelte den „aggressiven russischen Neoimperialismus“. Der russischen Seite wurden Verletzungen von Normen des internationalen Rechts, z.B. durch Einsatz geächteter Waffen wie Streubomben, sowie Verstöße gegen den 6-Punkte-Plan, z.B. durch die Ausweitung der Kontrollzonen jenseits der strittigen Gebiete Abchasien und Südossetien, vorgeworfen. Ferner bezichtigte man Russland der Verzögerung des Truppenabzugs. Die heftigste Kritik provozierte die einseitige Anerkennung der abtrünnigen Regionen, womit das fundamentale Prinzip der territorialen Integrität Georgiens verletzt worden sei. In einigen besonders düsteren Szenarien malten politische Beobachter die Gefahr einer erneuten russischen Aggression gegenüber der Ukraine, Moldawien und Aserbaidschan an die Wand und warnten vor russischen Truppen in der Ostukraine, in Transnistrien oder Nagornij-Karabach.

Die russische Konfliktwahrnehmung basierte dagegen auf der Überzeugung, mit der militärischen Reaktion einen Genozid unterbunden und eine humanitäre Katastrophe verhindert zu haben. Die russische Führung nimmt für sich in Anspruch, zur Sicherung von Frieden und Stabilität auf dem Kaukasus beizutragen, und beruft sich auf den legitimen Schutz russischer Bürger vor Übergriffen und Vertreibung, was ihrer Ansicht nach zwangsläufig die Folge des georgischen Einmarsches in Südossetien gewesen wäre. Die westliche Kritik am russischen Vorgehen im Kaukasus wird in Moskau letztlich nur als erneuter Beweis für doppelte Standards und die Doppelmoral des Westens gesehen. Mit Verweisen auf den Präzedenzfall Kosovo, die Bombardierungen Belgrads 1999 und den US-geführten Irakkrieg wird dem Westen die Nichteinhaltung eigener Maßstäbe vorgehalten und demzufolge die Berechtigung zur Kritik an Russland abgesprochen.

Diese differierenden Perzeptionen verdeutlichen klar, wie hoch der Gesprächsbedarf auf beiden Seiten ist. Schritte zur Einschränkung oder Aussetzung dieses notwendigen Dialogs als Konsequenz der unterschiedlichen Positionen wären das falsche Signal. Die russische Führung unter Präsident Dmitrij Medwedjew und Premierminister Wladimir Putin brachte mit gezielten Interviews im Vorfeld des EU-Sondergipfels am 1. September zum Ausdruck, dass ihr an einer Verschärfung des Konfliktes nicht gelegen sei. Nicht zufällig wählte Putin die ARD als Medium, um diese Botschaft zu vermitteln und den russischen Standpunkt darzulegen. Deutschland ist Russlands wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner in Europa, dem man am wenigsten eine gezielt antirussische Politik unterstellt. Vor diesem Hintergrund registriert man in Moskau verständnislos die aus russischer Sicht überwiegend einseitige und tendenziöse Berichterstattung auch deutscher Medien, die in Russland den Aggressor und in Georgien das unschuldige Opfer ausmachten. In der Tat setzte die starke internationale Medienresonanz erst ein, als sich Russland zur militärischen Gegenreaktion auf den georgischen Einmarsch in Südossetien entschloss. Die vorhergegangenen georgischen Beschießungen von Städten und Dörfern mit Raketenwerfern, die zu zahlreichen zivilen Opfern und Flüchtlingselend führten, wurden hingegen viel schwächer kritisiert.

Der Kaukasuskrieg im Kontext der russischen Außenpolitik

Russland fühlt sich durch die amerikanische Präsenz und die expansive Geopolitik der USA bis hin zu direkter Militärhilfe für Staaten des post-sowjetischen Raums herausgefordert. In grundlegenden Reden der Staatsführung zur russischen Außenpolitik wurde die GUS als außenpolitische Priorität und Zone „privilegierter Interessen“ bezeichnet. Daraus leitet sich der Anspruch Russlands auf die strategische Kontrolle des Kaukasus ab, womit Russland seinen Status als

Weltenergiemacht absichert. Klientelistische Verbindungen mit den autoritären Herrschern in Zentralasien sind ein wesentlicher Eckpfeiler dieser Politik. Durch die vor allem von den USA unterstützte Option einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens droht ein jäher Bruch mit jahrhundertelangen historischen Bindungen, die in Russland auf heftigste Gegenwehr stößt. Politische Kommentatoren nehmen mit Blick auf die aktuelle US-Politik gerne auf die Kuba-Krise Anfang der 1960er-Jahre und den Versuch der Sowjetunion, im amerikanischen Vorhof militärisch Fuß zu fassen, Bezug.

Das neue russische Selbstbewusstsein speist sich aus den hohen Energiepreisen, der Bedeutung Russlands für die Energiesicherheit, dem weltweiten Ansehensverlust der USA und dem Erstarren neuer Mächte wie China und Indien, wodurch die russische Konzeption einer multipolaren Weltordnung in Abgrenzung zur weltpolitischen Dominanz der USA an Konturen gewinnt. Die Kontinuität der russischen Außenpolitik reicht im Grunde genommen bis zu Außenminister Jewgenij Primakow zurück, der 1996 den Begriff der Multipolarität zur Leitlinie seiner Politik erhob. Im Unterschied zu früher verfügt Russland heute allerdings über Finanzressourcen und Instrumente zur Durchsetzung seiner eigenen, nationalen Interessen, die oftmals im Gegensatz zu denen der USA stehen. Die innenpolitische Meinungskonformität, eine weitgehend unpolitische Öffentlichkeit und die Chuzpe der politischen Führung sind weitere Elemente der neuen russischen Machtpolitik, die von einem wachsenden Antiamerikanismus getragen wird. Die russisch-westliche Entfremdung erfasst auch die EU, wenngleich in abgemilderter Form. Russlands Politiker neigen zu einer Geringschätzung der EU und verweisen auf deren angebliche politische Handlungsunfähigkeit, die sich absehbar nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages auch nicht überwinden lasse. Laut gängiger russischer Auffassung bindet sich der politische Zwerg EU an die USA als deren Erfüllungsgehilfe. Allenfalls wirtschaftlich sei die EU ernst zu nehmen und trete als Wirtschaftspartner, teilweise auch als Konkurrent Russlands auf. Auf russischer Seite mehren sich die Stimmen, die der deutschen Politik das Interesse an einer „strategischen Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland absprechen. So sei die Nichtannahme des Angebots des Moskauer Finanzinvestors und Unternehmers Alexander Lebedew beim Verkauf der IKB-Bank trotz des höheren Kaufpreises ein neuerlicher Beleg für die Diskriminierung russischer Firmen in Europa.

Da sich Russland ohnehin zunehmend an den eigenen strategischen Interessen und weniger an gemeinsamen Zielen orientiert, relativiert sich eine mögliche Drohkulisse, die man im Westen durch die Verhängung von Sanktionen gegen Russland aufbauen könnte. Russland ist sich der divergierenden Lager innerhalb der EU sehr wohl bewusst und weiß, dass Schlüsselländer der

EU wie Deutschland und Italien den konfrontativen Russlandkurs einiger osteuropäischer EU-Mitglieder nicht mittragen. Zudem geht man davon aus, dass sich in den einzelnen Ländern einflussreiche Kreise, insbesondere aus der Wirtschaft, vehement gegen eine Ausgrenzung Russlands wehren würden, da mit Sanktionen ihre Geschäftserfolge gefährdet wären. So adressierte der Moskauer Vorsitzende des European Business Club im Vorfeld des EU-Sondergipfels zu Russland einen Brief an den Kommissionspräsidenten und die Ratspräsidentschaft, in dem er die Bedenken der europäischen Unternehmer gegenüber Strafmaßnahmen gegen Russland ausführlich begründete. Und schließlich zeigt sich Russland gegenüber möglichen Sanktionen auch deswegen unbeeindruckt, da die Erfolge der letzten Jahre - wie imposantes Wirtschaftswachstum und stetig steigende Handelszuwächse - auch ohne ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU und ohne den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation, erreicht wurden. Mit Sanktionen schade sich der Westen letztlich selbst, so eine der Grundthesen Putins in kürzlichen Interviews, würden doch die EU, USA und NATO von Russland mehr abhängen als umgekehrt. Ungeachtet der Einschränkungen in einigen Bereichen der internationalen Kooperation, wie z.B. im NATO-Russland-Rat, setze Russland in Bereichen von beiderseitigem Interesse die Zusammenarbeit ungemindert fort. Laut Dmitrij Rogosin, Russlands NATO-Botschafter, gelte dies uneingeschränkt für die NATO-Operation in Afghanistan.

Innenpolitische Propaganda

Der Kaukasuskrieg war die erste internationale Bewährungsprobe für den neuen Präsidenten Dmitrij Medwedjew. In den Augen der russischen Öffentlichkeit bestand er diese Herausforderung mit Bravour. Die gesteuerten Medien inszenierten ihn als klugen Feldherrn, der kompromisslos und mit harter Hand für Russlands nationale Interessen eintritt. Erste Umfragen signalisieren, dass Medwedjews Rating gestiegen ist, und er auch gegenüber seinem Mentor Wladimir Putin an Gewicht gewonnen hat. Medwedjews Prestigegewinn dürfte am stärksten in den Sicherheits- und Militärkreisen ausfallen, in denen er keine Hausmacht hat. Medwedjews entschlossenes Handeln wird begleitet von einer aggressiven Rhetorik Putins, die nahtlos an die antiwestliche Rhetorik und Propagandastimmung des Wahlkampfes anknüpft. Berechtigte russische Interessen in der internationalen Politik und richtige außenpolitische Argumente vermengt Putin zu einer innenpolitischen Demagogie, die Feindbilder konstruiert und keinen innerrussischen Meinungspluralismus zulässt. Er stärkt mit dieser Wortwahl die isolationistischen und nationalistischen Kreise, während pragmatische und aufgeklärte, westlich-liberale Kräfte geschwächt werden. So unterstellte Putin in einem CNN-Interview der Bush-Administration, den russisch-georgischen Krieg provoziert zu haben, um die Wahl des Republikaners John McCain zum US-Präsidenten zu begünstigen.

Die georgische Falle

Letztlich kann über die Motivation Georgiens zum Einfall in Südossetien nur gerätselt werden. Sicherlich können falsche Einschätzungen der militärischen Führung sowohl über die eigene Stärke als auch über das russische Potential vermutet werden. Das übergeordnete Kalkül des georgischen Präsidenten Mikhail Saakaschwili dürfte gewesen sein, mit Rückendeckung der USA eine gezielte Politik der Provokation Russlands zu betreiben. Aus einer militärischen Konfrontation mit Russland sollten Georgien als moralischer Sieger hervorgehen und die westliche Solidarität mobilisiert werden, um nicht zuletzt den angestrebten NATO-Beitritt zu beschleunigen. Für eine Umsetzung dieser Strategie glaubte Präsident Saakaschwili wahrscheinlich nur noch Zeit bis zum Ende der Bush-Administration zu haben. Die Ereignisse mussten also im Sommer forciert werden. Diese Überlegungen könnten als Erklärung dazu dienen, weshalb die georgische Seite auf eine Eskalation des Konflikts mit Russland aus war und das Risiko einer militärischen Niederlage in Kauf nahm. Die erwartete (militär)politische Unterstützung durch die USA sollte dieses Risiko rechtfertigen.

Der anhaltende Kaukasus-Konflikt zwischen Russland und Georgien birgt erhebliche Risiken für den Westen. Mit einer von den USA forcierten Aufnahme Georgiens in die NATO käme ein instabiles und konfliktbeladenes Land in die westliche Allianz, das mit Russland in einen auch militärisch ausgetragenen Konflikt verwickelt ist. Angesichts eines höchst erratischen Präsidenten kann man nur davon abraten, dass westliche Länder ihre Sicherheit von unberechenbaren Politikern in einem von Konflikten zerrissenen Land abhängig machen. Die Aufnahme Georgiens in das Membership Action Programme würde heftige Gegenreaktionen aus Moskau nach sich ziehen, fühlt sich doch Moskau in der Wahrnehmung seiner strategischen Interessen im Kaukasus beeinträchtigt. Solch ein Schritt würde die langfristige Sicherheitskooperation mit Russland unterminieren. Erneut würden – so die Perspektive Moskaus - Entscheidungen wieder gegen und nicht mit Russland getroffen werden.

Die instabile Lage im Kaukasus stellt Russland vor große Herausforderungen. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der abgespaltenen Republiken Abchasien und Südossetien geht die russische Führung einen gewagten Weg. Offensichtlich konnten sich die zur Mäßigung ratenden Stimmen nicht durchsetzen und wurden von den russischen Militär- und Sicherheitspolitikern überstimmt. Die Gefahr eines Anfachsens von Separatismusbestrebungen in den postsowjetischen Krisenregionen kann nicht von der Hand gewiesen werden. In Inguschetien wurde kürzlich nach der Ermordung eines prominenten Oppositionspolitikers eine Unterschriftenaktion gegen den von Moskau durchgesetzten Präsidenten Murat Sjasikow und für den Austritt aus der Russischen

Föderation initiiert. Zu einer eigendynamischen Konflikteskalation kann es auch in Transnistrien oder Nagornij-Karabach kommen. Russland geht mit der Anerkennung der Unabhängigkeit ein hohes Risiko ein. Es verletzt damit auch den abschließenden Teil des 6-Punkte-Plans zur Konfliktregulierung, der internationale Statusverhandlungen vorsieht. Es sollte der russischen Führung zu denken geben, dass nur international isolierte Staaten wie Belarus und Venezuela bereit waren, die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anzuerkennen und selbst das Statement der Mitglieder der Schanghai- Kooperationsorganisation nur eine schwache Unterstützung der russischen Politik enthielt.

Fazit:

Der zurückliegende Kaukasus-Krieg zeigte deutlich, dass sich die Hoffnungen auf eine Ära der internationalen Entspannung und der innenpolitischen Liberalisierung unter dem neuen Präsidenten Dmitrij Medwedjew nicht erfüllt haben. Die häufig anzutreffenden einseitigen Schuldzuweisungen der Medien an Russland sind allerdings unzutreffend und lassen eine Bewertung der Politik des erratischen georgischen Präsidenten Mikhail Saakaschwili vermissen. Vielmehr kann die russische Seite etliche nachvollziehbare politische Argumente für sich geltend machen. Aus der Perspektive Russlands gesehen wurde mit der militärischen Gegenreaktion auf die georgische Invasion Südossetiens einen Flächenbrand im Kaukasus, der zu ethnischen Morden und Vertreibungen wie in Bosnien in den 90er Jahren hätte führen können, verhindert. Ebenso bleibt festzuhalten, dass sich Russlands politische Führung nicht zur Einnahme ganz Georgiens oder der massiven Zerstörung ziviler Einrichtungen in Tbilisi verleiten ließ, sondern am militärischen Auftrag der Kontrolle der abtrünnigen Regionen einschließlich einer vorgelagerten Sicherheitszone, festhielt. Denkbar wäre es gewesen, dass Russland sich die amerikanische Argumentation im Irak und gegenüber Saddam Hussein zu eigen gemacht und vorgegeben hätte, dass der georgische Präsident eine Bedrohung für Frieden und Stabilität auf dem Kaukasus sei. Die Konsequenzen daraus: Besetzung ganz Georgiens, Verhaftung und Verurteilung Saakaschwilis hätten dann zu einer viel gravierenderen internationalen Krise geführt.

Die den Konflikt begrenzende Position Russlands wird jedoch von drei Punkten konterkariert. Erstens muss sich Russland fragen lassen, warum es den Konflikt nicht früher einer zivilen und institutionalisierten Lösung zuführte. Es hätte weitgehende Autonomierechte für die betroffenen Regionen durchsetzen, den Minderheiten Sperrminoritäten in Regierung und Parlament sichern und die Gebiete finanziell und administrativ unterstützen können. Zweitens ließ sich das russische Militär nicht akzeptable Übergriffe zu Schulden kommen. Es wurden geächtete Streubomben eingesetzt und marodierende Soldaten vergriffen sich an der Zivilbevölkerung. Solche Vor-

kommissen belegen auch die Führungs- und Ausbildungsdefizite der russischen Armee. Und drittens nutzte Premierminister Putin das aus russischer Sicht legitime Eingreifen im Kaukasus zu einer aggressiven innenpolitischen Rhetorik, um die Stimmung in der russischen Öffentlichkeit nachhaltig gegen den Westen zu beeinflussen. Letztlich offenbarten diese Propagandamethoden die Brüchigkeit des politischen Regimes, das sich offenbar gezwungen sieht, mit dieser zweifelhaften Rhetorik maßgebliche gesellschaftliche Kräfte an sich zu binden, um sich zu konsolidieren.

Moskau, 3. September 2008

Christian Forstner

Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung